



## „BAYERN SPD MUSS SICH MEHR MIT DER RECHTSPOLITIK BESCHÄFTIGEN“

**AntragstellerInnen**      Regionalverband Nord  
**AdressatInnen**          Bayern SPD

01 Die Jusos München fordern, dass die bayerische SPD sich in der neuen Wahlperiode und in den kom-  
02 menden Wahlkämpfen intensiver und öffentlicher mit der Rechtspolitik, insbesondere mit der Thematik  
03 Bürgerrechte auseinandersetzt.

04

### 05 **BEGRÜNDUNG**

06 Im vergangenen Landtagswahlkampf hat die bayerische SPD die Themenfelder Rechtspolitik und  
07 Bürgerrechte den anderen Parteien, insbesondere der FDP und den Grünen überlassen. Im  
08 Regierungsprogramm 2008 - 2013 der bayerischen SPD wird die Rechtspolitik auf eineinhalb Seiten  
09 (S.40-41) abgehandelt. Im gesamten Landtagswahlkampf wurde in München kein einziges Plakat bzgl. der  
10 obigen Thematik von der Bayern SPD verwendet. Im Kompetenzteam der bayerischen SPD wurde das  
11 Thema Arbeit und Soziales von Dr. Thomas Beyer, Kinder und Familie von Johanna Werner-Muggendorfer,  
12 Bildung und Schule von Hans- Ulrich Pfaffmann, Finanzen und Wirtschaft von Florian Pronold, Energie  
13 und Klimaschutz von Susann Biedefeld und das Thema Frauen von Adelheid Rupp abgedeckt. Wo blieb  
14 hier das Thema Rechtspolitik? Wer hat sich für Bürgerrechte eingesetzt? Die bayerische SPD darf diese  
15 Kompetenz und dieses wichtige Themenfeld in Zukunft nicht mehr leichtfertig an andere Parteien ver-  
16 schenken. Dieses Thema ist gesellschaftlich zu elementar, um es nur am Rande abzuhandeln. Dieses  
17 Thema betrifft uns alle!

18

19 Hierfür muss sich die bayerische SPD im Einzelnen aktiv einsetzen:

20

21 - Rücknahme des bayerischen Versammlungsgesetzes

22 - Keine landesweite zentrale Schülerdatenbank

23 - Keine Videoüberwachung

24 - Keine Einrichtung von privaten Bürgerwehren

25 - Keine Onlinedurchsuchung von Computern

26 - Keine Telefonüberwachung

27 - Verbot der allgemeinen Erfassung von Kfz-Kennzeichen

28 - Abschaffung von privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum und Stärkung der Streifenpolizei  
29 unter staatlicher Kontrolle

30